

## **„Wachstumsfaktor Wirtschaftspolitik“**

Rede von Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, auf dem **Hauptstadtforum der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Kooperation mit der WELT am 27.09.2011 in Berlin**

Vielen Dank Herr Pellengahr, sehr geehrter Herr Schmid, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, lieber Kollege Fuchs, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung, vielen Dank für die Möglichkeit, hier einen Vortrag zum Thema „Wachstumsfaktor Wirtschaftspolitik“ zu halten.

Es ist immer ein guter Ansatz, davon auszugehen, dass auch Wirtschaftspolitik einen Beitrag zum Wachstum leisten kann. Sie haben ja zu Recht auf die guten Wachstumswerte hingewiesen, die wir in diesem Jahr, aber auch im letzten Jahr erleben durften. Damit hängt natürlich auch die gute Arbeitslosenquote eng zusammen. Wir hatten im Jahr 2010 3,6 Prozent Wachstum. Wir haben Anfang des Jahres als Bundesregierung eine Prognose für das Jahr 2011 abgegeben von 2,6 Prozent. Trotz eines leicht abgekühlten 2. Quartals wird die mit Sicherheit auch zu halten sein. Bei 41 Millionen Erwerbstätigen haben wir eine Arbeitslosenquote von 6,6 Prozent und so gute Arbeitsmarktzahlen wie seit Anfang der 90iger Jahre nicht mehr. Den Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlstand kann man schon an diesen Zahlen ablesen. Die Wachstumswerte haben es uns auch möglich gemacht, und mit uns meine ich die Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland, Beschäftigung wieder neu aufzubauen.

Ich will ehrlicherweise zugeben: Wir profitieren jetzt auch von Entscheidungen nicht nur dieser Regierung, sondern auch der vorhergehenden Regierung, der Großen Koalition. Sie hatte in Krisenzeiten, was den Arbeitsmarkt anbelangt, bei der Kurzarbeitsfrage eine vorausschauende Entscheidung getroffen, die jetzt auch noch im positiven Sinne nachwirkt.

Wohlstand resultiert aus Wachstum, und auch die guten Beschäftigungszahlen haben damit zu tun. Daher ist es natürlich Aufgabe von Politik, nicht nur für einzelne

Reformen auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen, sondern auch die Quelle weiter zu verstärken, nämlich das Wachstum in Deutschland.

Ich bin Ihnen, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, sehr dankbar, dass Sie das Thema Vollbeschäftigung immer wieder aufnehmen. Politik muss ja immer sehr mutig sein, wenn man Ziele vorgibt. Es gab Kanzler, die haben von Halbierung der Arbeitslosigkeit und ähnlichen Dingen gesprochen. Wenn man nur Zahlen vorgibt, kann man nicht so erfolgreich sein. Ich glaube, der Weg, den Sie beschrieben haben, ist genau der Richtige: sich ein Ziel vorzunehmen, eine Vision, an der dann alle gemeinsam arbeiten. Es ist auch eine Frage der gemeinsamen gesellschaftspolitischen Führung, ob Sie Menschen motivieren können, an diesem Ziel gemeinsam zu arbeiten. Dazu muss man ein Ziel vorgeben, auch wenn es sehr ehrgeizig ist.

Abgesehen davon finde ich die Kampagne für Vollbeschäftigung sehr charmant. Es gab eine große zweiseitige Anzeige in der Tageszeitung, wo das gesamte Bundeskabinett auf dem amerikanischen Hochhausbaugerüst saß. Ich fand es sehr charmant, und es war im wahrsten Sinne des Wortes auch ein Hingucker und hat noch einmal auf die grundsätzliche Zielsetzung hingewiesen.

Was kann Politik machen? Kann Politik überhaupt etwas machen, um Wachstum möglich zu machen und zu stärken? Unser Ziel als Wirtschaftspolitiker, als Bundesregierung ist es, das Wachstum, welches wir in den letzten beiden Jahren haben erleben dürfen, in der Zukunft zu verstetigen, obwohl wir uns zunehmend in unruhigen Zeiten bewegen.

Und ich will Ihnen auch sagen, was wir nicht machen wollen. In einem Wochenmagazin habe ich gelesen, Frau Lagarde habe Hinweise gegeben, was Deutschland machen kann und machen sollte. Von einem Konjunkturpaket war sogar die Rede. Angesichts von immer noch stabilen Zahlen, 2,6 Prozent Wachstum, ist jetzt noch nicht der Zeitpunkt, über so etwas überhaupt zu diskutieren. Abgesehen davon kann man auch ordnungspolitisch durchaus Streitige Meinungen über Konjunkturpakete haben. Ganz überrascht war ich heute Morgen, als ich - bei allem Respekt - den amerikanischen Präsidenten gehört habe, der uns vorwirft, wir würden in eine Verschuldungspolitik hineingeraten. Das finde ich aus berufenem Munde nicht sehr authentisch, wenn man uns das vorwirft. Ich finde es nicht ganz passend, weil gerade Deutschland sehr viel Wert darauf legt, dass auch andere europäische

Staaten genau diesen Weg nicht gehen. Da hätte ich mir dann Unterstützung gewünscht und nicht noch einen mahnenden Zeigefinger.

Also was wollen wir tun, wenn wir keine Konjunkturpakete auf den Weg bringen? Wenn Sie sich Japan ansehen, werden Sie feststellen, das bringt keine Erfolge. Dort beläuft sich die Verschuldung auf fast 200 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das Wachstum ist dort aber nie gestiegen, sondern immer kleiner geworden. Auch in den USA haben all die Konjunkturmaßnahmen bisher keine Effekte auf dem Arbeitsmarkt gehabt. Insofern scheint das der falsche Weg zu sein - der richtige wäre, Wachstum zu verstetigen.

Unser Ziel ist ganz klar: Wir haben vier Politikfelder, die uns ständig und dauerhaft im Bundesministerium für Wirtschaft begleiten, nämlich Ressourcensicherung, Entlastung, das spannende Thema Energiepolitik und natürlich die Frage Stabilisierung der Währungspolitik. Gerade in unruhigen Zeiten muss die Währungspolitik auch ein Thema für die Wirtschaftspolitik sein. Bei der Frage der Ressourcen geht es vor allem darum, wie wir die Kreativität und die Leistungsbereitschaft der Menschen nutzen können. Es geht um die Fachkräftesicherung. Wir alle wissen, dass eine der größten Wachstumsbremse in Deutschland der Fachkräftemangel ist. Hier sind wir uns einig, dass wir alles dafür tun müssen, zunächst die inländischen Potenziale zu nutzen und zu heben - angefangen bei jungen Menschen, die bisher keine Ausbildungschance bekommen haben, weil sie womöglich zu schwache Schulleistungen gezeigt haben. Es ist immer wieder der Wunsch auch der Wirtschaft an uns: Sorgt doch einfach dafür, dass die Schulabsolventen in Deutschland lesen, schreiben, rechnen können, und wenn sie den Dreisatz beherrschen, bekommen sie bei mir später auch einen Arbeitsplatz. Das ist nicht allein eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik, sondern der Politik insgesamt im Sinne von Bildungspolitik.

Das Zweite ist, Sie haben es auch angesprochen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich finde es, auch volkswirtschaftlich, wenn ich das Wort hier verwenden darf, so etwas wie Verschwendung, wenn man junge Eltern für sehr lange Zeit aus der Berufstätigkeit herausnimmt. Junge hochmotivierte, oft gut ausgebildete junge Menschen, gehen dem Berufsleben verloren. Das ist ein echter Verlust, und ich glaube, wir müssen noch viel stärker daran arbeiten, dass es tatsächlich zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt. Es ist übrigens nicht nur eine Aufgabe von Unternehmen, die entsprechende Voraussetzungen, wie

Betriebskindergärten, flexible Arbeitszeiten und ähnliche Dinge zu schaffen. Es ist auch, wenn ich mir das erlauben darf, eine gesellschaftliche Aufgabe, der Familie die Wertschätzung zukommen zu lassen, sie sie verdient. Das ist heute noch nicht der Fall. Ein typisches Beispiel: Wir erleben es ganz oft, dass, wenn junge Frauen vornehmlich Teilzeit arbeiten und sie beispielsweise Mittwochabends nach Hause gehen, von ihren Kollegen zugerufen bekommen: „Schönes Wochenende!“. Das führt nicht gerade zu einer Steigerung der Motivation, gerade bei jungen Eltern, sondern man fühlt sich indirekt doch angegriffen. Es fängt ja nicht das Wochenende an, sondern eben die Zeit für die Familie, was gesellschaftlich ja auch gewollt ist. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema, wenn es um Fachkräftesicherung geht.

Sie hatten ebenfalls die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angesprochen. Es ist ein Verlust, wenn man gerade diejenigen zu allererst entlässt, die nicht nur das Unternehmen gut kennen, sondern auch die Branche. Bei uns in der Politik heißt es: Neue Besen kehren gut, aber die erfahrenen Besen wissen manchmal immer noch besser, wo sich der Schmutz befindet. Was für die Politik gilt, also ein gesunder Generationenmix - ich selbst kann davon ein Lied singen - das gilt natürlich auch für Unternehmen, um die Dynamik gleichzeitig mit der Erfahrung in einem Unternehmen zu halten. Ich erlaube mir auch den Hinweis, weil wir uns da nicht vollkommen einig sind in der Bundesregierung. Herr Fuchs, Frau Pawelski, ich glaube, mit der CDU da sind wir uns einig: Wir brauchen mehr qualifizierte Zuwanderung. Momentan gelten Regeln wie: Erst ab 66.000 Euro Jahreseinkommen haben Sie das volle unbegrenzte Aufenthaltsrecht in Deutschland. Aufgrund dieser Regelung sind im letzten Jahr nur knapp 170 Leute zu uns gekommen, das ist bei weitem nicht ausreichend. Sie wissen, dass wir 144.000 Mathematiker, Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker benötigen, d.h. hier gibt es noch einiges zu tun. Ich glaube, es ist im Interesse einer Volkswirtschaft, wenn wir zu einer gesteuerten, zu einer qualifizierten Zuwanderung kommen, und es ist im Übrigen auch eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Die Gründe, weshalb wir uns nicht auf eine niedrige Schwelle von 40.000 Euro einigen können, sind keine ökonomischen Gründe, sondern es sind politische Gründe, die aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt sind.

Ich will nur daran erinnern, wie viel Angst haben wir vor dem 01.05.2011 hatten. Ich gebe zu, als Landeswirtschaftsminister damals habe auch ich mich, gerade vor dem Handwerk, sehr stark dafür eingesetzt, dass wir nochmals zu einer zweijährigen

Verlängerung kommen. Im Nachhinein müssen wir feststellen, dass sich ab dem 01.05.2011 nichts geändert hat. Es sind einige tausend zusätzliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Staaten zu uns gekommen, doch das ist bei weitem nicht die Flut, die alle befürchtet und die wir in vielen Branchen, Stichwort Gesundheit und Pflege, erhofft haben. Das zeigt, wenn man nicht rechtzeitig reagiert, machen die qualifizierten Arbeitskräfte einen großen Bogen um Deutschland herum. Sie müssen nicht nur die Rahmenbedingungen ändern, sondern Sie müssen deutlich machen, wie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dass es ein gesellschaftlicher Wunsch ist. Ein Wunsch, der durchaus einen ökonomischen Hintergrund hat - aber wir brauchen so etwas wie eine Willkommenskultur für ausländische qualifizierte Arbeitskräfte. Genau das wird das Ziel sein bei der Fachkräftesicherung, eben der wichtigsten Ressource, die wir haben. Dass wir es mit der Förderung dieser Ressource ernst meinen, können Sie auch daran erkennen, dass ich mir heute erlaubt habe, unseren Nachwuchskreis aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mitzubringen.

Ich möchte es noch einmal ausdrücklich sagen: Das Wachstum, welches wir jetzt erleben dürfen, ist zustande gekommen aufgrund des Engagements der Menschen, die in den Krisenjahren 2008/2009 unheimlich fleißig gewesen sind und gearbeitet haben. Sie haben uns dieses Wachstum möglich gemacht. Wenn man das Wachstum verstetigen will, wäre es gut, die richtigen Anreize genau für diese Menschen zu setzen. Deswegen brauchen wir eine Entlastung gerade für mittlere und untere Einkommen, damit die Menschen weiter motiviert werden und Anreize sehen. Im Übrigen ist es kein Steuergeschenk, wenn die Menschen von dem, was sie sich hart erarbeiten, mehr behalten dürfen. Deswegen wird es weiter bei dem Thema bleiben; wir haben als Bundesregierung insgesamt beides im Auge, Entlastung auf der einen Seite, aber auch die Haushaltskonsolidierung auf der anderen Seite. Wir wissen, dass die aktuelle Situation, die wir beim Euro diskutieren müssen, natürlich auch eine Frage der jeweiligen Schuldensituation vor Ort ist. Da finde ich, muss man als Bundesrepublik Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen. Die richtige Balance zu finden, das wird Aufgabe in den nächsten Monaten bei der gesamten Bundesregierung sein. Ich bleibe dabei: Wir brauchen Entlastung, um für diejenigen Anreize zu schaffen, die uns das Wachstum möglich gemacht haben. Darüber hinaus muss es auch Vereinfachungen geben. Es gab ja gerade erst am letzten Freitag endlich das Go, wie man auf neudeutsch sagt, des Bundesrates zur

Steuervereinfachung. Viele Unternehmen sagen, bevor Ihr uns finanziell entlastet oder unsere Beschäftigten, sorgt erst einmal für eine Vereinfachung des Steuerrechtes. Und wenn Ihr schon dabei seid, versucht es doch mal insgesamt mit Bürokratieabbau. Kollege Fuchs spricht immer zu Recht die Frage der Aufbewahrungspflichten an. Und wir haben jetzt gerade ELENA abgeschafft. Es gibt durchaus viele Punkte, an denen wir arbeiten, um Wachstumskräfte zu entfalten, indem wir Bürokratie abbauen, denn das wird die beste Grundlage für Wirtschaft und Wachstum in Deutschland selber mit sein.

Das Dritte sind neue Märkte, sehr aktuell, wenn man über die Energiepolitik redet. Ich höre immer eher von Grünen-Politikern, auch von sozialdemokratischen Politikern, die Energiewende wäre jetzt überhaupt gar kein Problem, weil wir jetzt ja völlig neue Märkte entstehen lassen im Bereich Gebäudesanierung, im Bereich erneuerbarer Energien und anderer Themen. Ich sehe es etwas differenzierter, ich sage, wir haben die Energiewende sehr schnell vollzogen, sehr sehr schnell. Aus der Kernenergie auszusteigen bleibt in der Sache richtig, auch bis zum Datum 2022. Aber was wir zwangsläufig noch diskutieren müssen, ist die Frage, wie stellen wir bis dahin die Energieversorgung in Deutschland sicher. Für viele Menschen scheint die Diskussion zu Ende, weil die sich sagen, jetzt ist die große Streitfrage, Kernenergie ja oder nein, entschieden, das heißt, wir müssen uns um Energiepolitik gar nicht mehr kümmern. Sie als Wirtschaftspolitiker, Sie als Wirtschaftsfachleute wissen, jetzt fängt die wirtschaftspolitische, die energiepolitische Arbeit erst an. Wir brauchen alternative Erzeugungskapazitäten, das können erneuerbare Energien sein, aber es wird allein nicht ausreichen, nur mit erneuerbaren Energien eine Industrienation wie Deutschland mit Energie zu versorgen. Wir werden auch fossile Kraftwerke brauchen, Steinkohle-, auch Gaskraftwerke. Sie müssen zu einem verbesserten Netzausbau kommen. Es ist auch Aufgabe von Politik, den Netzausbau zu beschleunigen. Wir brauchen für die nächsten 10 Jahre über 4000 km neue Stromautobahnen. Es gibt übrigens schon ein Gesetz, auch zum beschleunigten Netzausbau – das Energieleitungsausbaugesetz, EnLAG. Es ist drei Jahre alt. Auf Basis dieses Gesetzes sollten 850 km neu gebaut werden, und wir haben jetzt gerade ein Zehntel nach drei Jahren. Das zeigt, vor welchen großen Herausforderungen wir stehen, wenn wir über 4000 km neue Netze brauchen. Deshalb gibt es seit diesem Jahr ein neues Gesetz, das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG), das den langen Weg vor uns weiter

ebnen soll. Die Herausforderungen beim Netzausbau zeigen, dass auch die Energiefrage eine Wirtschaftsfrage ist, eine Wachstumsfrage - und wenn es eine Wachstumsfrage ist, hat es mit dem Wohlstand und auch der Frage der Beschäftigung eins zu eins zu tun.

Das vierte Feld neben der Energiepolitik wird das Thema Stabilisierung der Währung sein. Schauen wir zurück auf die Krise 2008, auf Ursachen und auf Reaktionen von Politik und Gesellschaft. Ursachen waren Verwerfung auf den Finanzmärkten. Im Jahre 2008 war man massiv bereit und hat sich gegenseitig auch über alle Parteigrenzen hinweg in die Hände versprochen, wir wollen daraus lernen, wir wollen die Finanzmärkte besser kontrollieren, besser in den Griff bekommen, im Sinne auch der Sozialen Marktwirtschaft als bisher. Wenn man sich jetzt umsieht, dann kann man selbstkritisch feststellen, dass, vielleicht gerade weil man 2010/2011 sehr schnell wieder so gute Wachstumszahlen hatte, dass man diese Ursachenbekämpfung ein wenig aus den Augen verloren hat. Erst jetzt stellt man fest, dass die aktuelle Krise natürlich eine Schuldenkrise ist, auch eine Krise der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit vieler europäischer Staaten, aber auch eine Krise, weil man die Finanzmärkte ein Stück weit aus den Augen verloren hat, trotz der gemeinsamen Versprechungen im Jahre 2008. Ich muss hier sehr klar sagen, natürlich werden wir immer sehr gut funktionierende Finanzmärkte brauchen, allein schon, damit unsere Unternehmer in Deutschland an Kapital kommen, und das möglichst umfangreich und zu jeder Zeit.

Aber man darf dann schon die Frage stellen, ob dann nicht doch vielleicht einige Instrumente dazu beigetragen haben, dass sich dieses System verselbständigt hat. Die Grundphilosophie der Sozialen Marktwirtschaft, so wie ich sie verstehe und ich glaube auch mein gesamtes Ministerium, ist doch, dass es nicht der völlig freie Markt ist, der völlig freie Wettbewerb, wo das Recht des Stärkeren gilt, sondern ein System mit einem klugen Regelwerk, das Regelwerk der Sozialen Marktwirtschaft, das in der Lage ist, einen fairen Wettbewerb auf den Weg zu bringen, zum Beispiel mit der notwendigen Transparenz. Und ich glaube, hier gibt es an den Finanzmärkten noch einiges zu tun. Ich finde die Forderungen nach einer Finanzmarkttransaktionsteuer, ausdrücklich für zu kurz gegriffen. Damit haben Sie noch nicht die Finanzmärkte reguliert, Sie haben vielleicht kassiert, aber Sie haben noch nichts materiell auf den Weg gebracht.

Damit man zumindest weiß, was auf den Märkten einigermaßen passiert, braucht man bessere Regeln, zum Beispiel, wie geht es mit dem sogenannten Hochfrequenzhandel weiter, der sich ja ein Stück weit auch von der wirklichen Wirtschaft entfernt hat und noch viel weniger zu kontrollieren ist. Ich finde, solche Fragen muss man beantworten, und es ist eine klassische originäre Aufgabe für die Soziale Marktwirtschaft, einen Markt, so zu ordnen, dass wir am Ende in diesem Markt einen fairen Wettbewerb haben. Das ist eine große Aufgabe, aber es lohnt sich, gerade jetzt in diesen Zeiten diese Aufgaben anzugehen. Denn dass man das lange Zeit nicht getan hat, war die Ursache für die Krise 2008. Und ich wage die These, es ist auch ein Stück weit Ursache für die Krise, die wir jetzt erleben müssen. Auch wenn sie vordergründig erst einmal eine Schuldenkrise einzelner europäischer Staaten ist, so ist sie gleichzeitig natürlich auch eine Krise der fehlenden wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Ich bin fest davon überzeugt, dass bei all den kurzfristigen Maßnahmen, die jetzt auch am Donnerstag im Deutschen Bundestag anstehen oder vielleicht nächstes Frühjahr, wenn es um den ESM und weitere Maßnahmen geht, dass man nur dann Bereitschaft für diese Maßnahmen bei den Menschen und bei den Abgeordneten erzielen kann, wenn man die Frage beantwortet: Wohin soll sich Europa in den nächsten Jahren entwickeln? Wenn Sie eine Vision haben – wie Vollbeschäftigung - dann können Sie all die Maßnahmen, die Sie darunter zusammenfassen, auch gut erklären. Genauso ist das für Europa auch, wenn Sie eine europäische Vision haben, dann können Sie all die dazu notwendigen hinführenden Schritte auch erklären. Wenn Sie das nicht können, werden Sie auch keine Akzeptanz erreichen, weil die Menschen das Gefühl haben, Politik fährt auf Sicht. Und das in einer so schwierigen Frage, in einer so schwierigen Krise führt nicht dazu, dass man Politik oder Regierung mehr vertraut, sondern eher weniger. Meine Vorstellung unterscheidet sich übrigens nicht wesentlich von den Vorstellungen unseres Koalitionspartners, jedenfalls nicht von der CDU, bei der CSU bin ich mir nicht so ganz sicher. Wir wollen eine klar festgelegte Stabilitätsunion, die den Geist atmet, proeuropäisch zu sein, aber mit der nötigen wirtschaftlichen Vernunft. Und was heißt proeuropäisch? Proeuropäisch heißt, dass wir bereit sein müssen, und die Bundesregierung ist das auch, Souveränität, eigene nationale Souveränität an eine europäische Ebene abzugeben. Es stellt sich dann die Frage, an wen gibt man denn die Souveränität ab? An eine europäische gemeinsame Regierung oder an ein europäisches Werte-

Regel- und Maßnahmensystem? Ich bin skeptisch angesichts der Vorstellung, Souveränität an eine wie auch immer geartete europäische Regierung abgeben zu müssen. Erstens sagt mir bis heute keiner, wie sie aussehen soll, wie sie demokratisch legitimiert werden kann. Und vor allem ist nicht ganz klar, in welche Richtung diese Regierung dann eines Tages regiert. Denn allein eine gemeinsame Regierung zu haben besagt nicht, dass sie stabil regiert oder in die Richtung Stabilität geht. Die USA haben auch eine gemeinsame Regierung, und trotzdem sind sie, obwohl sie eine gemeinsame Regierung haben, abgestraft worden. Also, allein eine gemeinsame Regierung ist nicht die Garantie für Wachstum und Wohlstand in einem Land.

Also muss man einen anderen Weg gehen in Richtung Stabilität, Werte, Maßnahmen, Mechanismen - Sie müssen bestimmte Werte festschreiben. Und wenn die Hauptursache der aktuellen Krise die Verschuldung ist, dann ist es doch selbstverständlich, dass zu diesem Wertegerüst auf jeden Fall die Schuldenbremse gehört, so wie wir sie in Deutschland zwischenzeitlich im Grundgesetz haben. Sie muss für alle europäischen Staaten, mindestens in der Eurozone, verpflichtend werden.

Und das Zweite ist, Sie brauchen auch einen Wettbewerbsfähigkeitstest, der sich an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert: Wie flexibel ist der Arbeitsmarkt, wie innovationsfreudig ist die Wirtschaft, wie flexibel ist die Infrastruktur? All die Staaten, die diesen Wettbewerbsfähigkeitstest nicht bestehen, müssen bereit sein, Souveränität an eine andere Instanz abzugeben, die sie wieder auf den Kurs der Stabilität zurückführt. Dazu müssen Sie alle europäischen Staaten bringen, diese Bereitschaft zu zeigen und solche Vertragswerke zu unterzeichnen. Wir haben das in Deutschland oft auf Landesebene. Jedes Bundesland hat die Möglichkeit, wenn eine Kommune den Haushalt nicht einhält, dann entsprechend einen Staatskommissar in die Kommune zu schicken, damit die Kommune wieder auf den Pfad der Stabilität zurück kommen kann. Und so etwas brauchen wir auch auf europäischer Ebene. Ein klares Wertegerüst, automatische Sanktionen und Mechanismen, ohne die die Politik nicht auskommen kann und einen regelmäßigen Test der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Damit haben Sie das Signal gesetzt, raus aus dem Schuldeneuropa, hin in eine Stabilitätsunion. Und wenn Sie das schaffen, und nur dann, wird es gelingen, die Märkte davon zu überzeugen, dass sie eine Währung stabil halten wollen in Europa, und auch die Menschen werden Sie nur

dann davon überzeugen können. Aber Sie brauchen genau diese Stabilität, um ein Wachstumsumfeld auch für Deutschland zu haben, auch im Sinne einer stabilen Währung. Denn die größten Risiken, die wir momentan erleben sind die Unruhen an den Finanzmärkten und die einbrechende Nachfrage in Europa und auch in den USA. Wenn Sie also Wachstum verstetigen wollen, dann sind das Ihre Kernaufgaben, die Sie als Wirtschaftspolitik im Sinne eines Wachstumsfaktors haben: für Rohstoffsicherung sorgen im Bereich Fachkräftesicherung, im Bereich echter Rohstoffe natürlich auch, für Entlastung der Unternehmen, damit Sie selber arbeiten und unternehmen können, für eine solide Energiepolitik und für stabile Finanzen, dafür, dass offene Märkte, freier Handel und fairer Wettbewerb im Inland genauso wie im Ausland gelten und auch auf europäischer Ebene.

Wenn wir das alles umsetzen können, haben wir als Politiker so viel damit zu tun, dass wir Sie gar nicht mit Konjunkturpaketen belästigen können, abgesehen davon, dass wir nicht das Geld dazu haben. Und es sorgt dafür, dass wir uns im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft auf das Setzen der Rahmenbedingungen konzentrieren und nicht in das Wirtschaftsleben eingreifen und versuchen, so dem Geiste der Sozialen Marktwirtschaft auch in den neuen, unruhigen Zeiten gerecht werden zu können.

Man könnte noch viele andere Dinge ansprechen. Sie hatten den Energiemarkt angesprochen, da ist noch viel Raum für Soziale Marktwirtschaft, aber ich belasse es eher bei den großen Grundzügen, die die Wirtschaftspolitik braucht, um echter Wachstumsfaktor in Deutschland selber zu sein. Und wenn Sie das Wachstum haben, dann können Sie auch das Ziel der Vollbeschäftigung weiter verfolgen. Es gibt zum Glück Regionen in Deutschland, die längst unterhalb von 4 Prozent Arbeitslosigkeit sind, d.h. also so visionär ist das Ziel gar nicht mehr. Nur die Politik ist halt vorsichtig, sich dem voll und ganz anzuschließen, weil wir sofort danach gefragt werden: Wie sieht es aus? Und wenn ich mit dem Ziel Vollbeschäftigung komme, dann werde ich auch gleich einen Tag später danach gefragt. Deshalb ist Politik in der Sache vorsichtig, aber in der Zielrichtung sind wir uns einig. Wie heißt es so schön - „Wenn wir in die gleiche Richtung sehen, dann können wir auch in die gleiche Richtung gehen.“

In dem Sinne bedanke ich mich nochmals für die Möglichkeit des Vortrages und wünsche noch eine angenehme Veranstaltung sowie intensive Diskussion.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!